

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
Einleitung . . . . .	1
§ 1 Der rechtliche Rahmen des Online-Glücksspiels in Deutschland . . . . .	5
A. Teilweise Öffnung des Vertriebswegs Internet mit dem GlüStV 2012 . . . . .	5
B. Anwendbarkeit des GlüStV 2012 auf ausländische Glücksspielangebote . . . . .	13
C. Online-Glücksspiele . . . . .	15
D. Zwischenfazit zu § 1 . . . . .	44
§ 2 Das Verbot der Mitwirkung an Zahlungen im Zusammenhang mit unerlaubtem Glücksspiel . . . . .	45
A. Gesetzgeberisches Vorbild . . . . .	46
B. Die ordnungsrechtliche Verbotsnorm des § 4 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012 . . . . .	47
C. Behördliche Durchsetzung des Mitwirkungsverbots . . . . .	71
D. Die Umsetzung des Mitwirkungsverbots durch die Normadressaten . . . . .	75
E. Vereinbarkeit mit datenschutzrechtlichen Bestimmungen . . . . .	100
F. Zwischenfazit zu § 2 . . . . .	115

§ 3 Die strafrechtliche Behandlung von Online-Glücksspielen und damit assoziierten Handlungen . . . . .	117
A. Das Veranstalten eines öffentlichen Glücksspiels ohne behördliche Erlaubnis, § 284 StGB . . . . .	118
B. Strafbarkeit des Spielers gem. § 285 StGB . . . . .	136
C. Teilnahmestrafbarkeit verantwortlicher Personen bei Zahlungsdienstleistern . . . . .	141
D. Strafrechtliche Folgenbetrachtung . . . . .	150
E. Zwischenfazit zu § 3 . . . . .	155
§ 4 Zivilrechtliche Implikationen der Verbindung von Spielern und Online-Glücksspielveranstaltern . . . . .	157
A. Der Spielvertrag . . . . .	157
B. Anwendbares Sachrecht für Spielverträge mit Veranstaltern unter Lizenz eines anderen EU-Mitgliedstaates . . . . .	162
C. Rückabwicklung des Spielvertrags im Falle der Nichtigkeit . . . . .	184
D. Weitere in Betracht kommende Ansprüche des Spielers gegen den Glücksspielveranstalter . . . . .	208
E. Zwischenfazit zu § 4 . . . . .	209
§ 5 Zahlungen im Kontext unerlaubter Online-Glücksspiele aus zivilrechtlicher Perspektive . . . . .	211
A. Die Grundstruktur des Zahlungsdiensterechts . . . . .	213
B. Ansprüche des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahlungsdienstnutzer . . . . .	222
C. Die Rechtsposition des Zahlungsdienstnutzers . . . . .	272
D. Zwischenfazit zu § 5 und Stellungnahme zur bisherigen Rechtsprechung . . . . .	292
Schlussbetrachtung und Ausblick . . . . .	295
Zusammenfassung der Arbeit in Thesen . . . . .	297
Literaturverzeichnis . . . . .	301
Register . . . . .	319

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsübersicht . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
Einleitung . . . . .	1
§ 1 Der rechtliche Rahmen des Online-Glücksspiels in Deutschland . . . . .	5
A. Teilweise Öffnung des Vertriebswegs Internet mit dem GlüStV 2012 . . . . .	5
I. Das Konzessionierungsverfahren für die Veranstaltung von Online-Sportwetten . . . . .	6
II. Die Parallelentscheidungen des BVerwG vom 26. Oktober 2017 . . . . .	7
III. Das Glücksspielgesetz Schleswig-Holsteins als Antagonist des GlüStV 2012 . . . . .	10
1. Genehmigungen auf der Grundlage des GlüG SH und ihre Fortgeltung . . . . .	10
2. Reichweite der Genehmigungen nach dem GlüG SH . . . . .	11
3. Parallele Geltung von Genehmigungen nach GlüG SH und Internetverbot des GlüStV 2012 . . . . .	12
IV. Zwischenergebnis . . . . .	13
B. Anwendbarkeit des GlüStV 2012 auf ausländische Glücksspielangebote . . . . .	13
I. Ermittlung des Anwendungsbereichs des GlüStV 2012 . . . . .	14
II. Zwischenergebnis . . . . .	15
C. Online-Glücksspiele . . . . .	15
I. Der Glücksspielbegriff . . . . .	16
1. Zufallsabhängigkeit . . . . .	16
2. Entgelt und Gewinnchance . . . . .	17

a) Heterogener Glücksspielbegriff . . . . .	17
b) Qualität des in Aussicht gestellten Gewinns . . . . .	18
3. Öffentliche Glücksspiele . . . . .	19
II. Veranstalten von Glücksspielen im Internet . . . . .	19
1. Veranstalter . . . . .	19
2. Im Internet . . . . .	20
III. Unerlaubtes Online-Glücksspiel . . . . .	20
1. Legaldefinition des § 4 Abs. 1 S. 2 GlüStV 2012 . . . . .	21
2. Anerkennung von Genehmigungen ausländischer Behörden . . . . .	22
a) Genehmigungen von Behörden anderer EU-Mitgliedstaaten . . . . .	23
b) Genehmigungen von Behörden von Nichtmitgliedstaaten der EU . . . . .	25
c) Zwischenergebnis . . . . .	25
IV. Glücksspielarten im Internet . . . . .	25
1. Lotterien . . . . .	26
2. Zweitlotterien oder „schwarze Lotteriewetten“ . . . . .	26
a) Funktionsweise . . . . .	26
b) Einordnung der Zweitlotterien in den Kanon der Glücksspielarten . . . . .	27
aa) Lotterie oder Wette? . . . . .	28
bb) Bestimmter Plan . . . . .	28
cc) Stellungnahme . . . . .	30
c) Konsequenz der Einordnung . . . . .	31
3. Das Abbild des großen Spiels . . . . .	31
4. Das Abbild des kleinen Spiels . . . . .	33
5. Onlinepoker . . . . .	33
a) Cashpoker . . . . .	34
b) Turnierpoker . . . . .	34
c) Konsequenz der Einordnung . . . . .	35
6. Online-Sportwetten . . . . .	36
a) Rechtslage bis zum 31. Dezember 2019 . . . . .	36
b) Rechtslage seit dem 1. Januar 2020 . . . . .	39
7. Online-Pferdewetten . . . . .	40
8. Lootboxen . . . . .	41
D. Zwischenfazit zu § 1 . . . . .	44
 § 2 Das Verbot der Mitwirkung an Zahlungen im Zusammenhang mit unerlaubtem Glücksspiel . . . . .	45
A. Gesetzgeberisches Vorbild . . . . .	46
B. Die ordnungsrechtliche Verbotsnorm des § 4 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012 . . . . .	47

I.	Ablauf des Einzahlungsprozesses zur Teilnahme an Internetglücksspielen . . . . .	48
1.	1. Üblicher Ablauf der Einzahlung auf ein Spielerkonto . . . . .	48
2.	2. Verschmelzen von Einzahlung und Entgeltplatzierung . . . . .	49
3.	3. Innovationen im Einzahlungsprozess . . . . .	50
4.	4. Zusammenfassung möglicher Zahlungsoptionen . . . . .	51
II.	Der Anwendungsbereich von § 4 Abs. 1	
	S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012 . . . . .	51
1.	1. Der personale Anwendungsbereich des Mitwirkungsverbots . . . . .	52
a)	a) Der Glücksspielteilnehmer als Adressat des Mitwirkungsverbots . . . . .	53
aa)	aa) Wortlaut . . . . .	53
bb)	bb) Systematik . . . . .	54
cc)	cc) Normgenese . . . . .	55
dd)	dd) Telos des Mitwirkungsverbots . . . . .	55
ee)	ee) Umgehungsmöglichkeiten durch anderweitige Einzahlung . . . . .	56
ff)	ff) Mögliche Wertungswidersprüche . . . . .	58
b)	b) Zwischenergebnis . . . . .	59
2.	2. Der objektive Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot . . . . .	59
a)	a) Der Zusammenhang eines Zahlungsvorgangs mit unerlaubtem Glücksspiel . . . . .	60
aa)	aa) Notwendiger Zusammenhang des Zahlungsvorgangs zu unerlaubtem Glücksspiel . . . . .	61
bb)	bb) Notwendiger Zusammenhang erst bei Teilnahme an jeweiligem Glücksspiel gegeben? . . . . .	64
cc)	cc) Parallelität von Online-Sportwetten und sonstigen illegalen Online-Glücksspielen . . . . .	65
b)	b) Verstoß erst bei Vorliegen der Voraussetzungen von § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 GlüStV 2012? . . . . .	66
3.	3. Zusammenfassung . . . . .	70
C.	Behördliche Durchsetzung des Mitwirkungsverbots . . . . .	71
I.	I. Länderübergreifende Durchsetzung . . . . .	72
II.	II. Voraussetzungen zur Anwendung im Einzelfall . . . . .	73
III.	III. Zuwiderhandlungen . . . . .	74
D.	Die Umsetzung des Mitwirkungsverbots durch die Normadressaten . . . . .	75
I.	I. Öffentlich-rechtliche Verpflichtungen durch das Mitwirkungsverbot . . . . .	75
II.	II. Abstrakte Überprüfungsmöglichkeit der Legalität eines Online-Glücksspielangebots . . . . .	76

1. White-List . . . . .	77
2. Altgenehmigungen aus Schleswig-Holstein . . . . .	79
3. Zusammenfassung . . . . .	79
III. Konkrete Umsetzbarkeit des Mitwirkungsverbots	
für Zahlungsdienstleister . . . . .	79
1. Direkt mit den Glücksspielveranstaltern kontrahierende	
Zahlungsdienstleister . . . . .	80
a) E-Wallet-Anbieter . . . . .	80
aa) Verweigerung des Vertragsabschlusses . . . . .	81
bb) Monitoring von Zahlungen . . . . .	82
cc) Vorkehrungen in Akzeptanzverträgen . . . . .	85
dd) Zwischenfazit . . . . .	85
b) Prepaid-Zahlungen . . . . .	85
c) Zahlungsausländedienste . . . . .	88
d) Zwischenfazit . . . . .	90
2. Umsetzbarkeit des Mitwirkungsverbots bei globalen	
Zahlungssystemen . . . . .	90
a) Kreditkartenzahlungen . . . . .	91
aa) Beteiligte des offenen Systems . . . . .	91
bb) Ablauf einer Zahlung im offenen System . . . . .	93
cc) Möglichkeiten zur Verhinderung von verbotenen	
Zahlungsvorgängen . . . . .	95
dd) Zwischenfazit . . . . .	96
b) Vorauskasse per SEPA-Überweisung . . . . .	97
c) SEPA-Lastschriftverfahren . . . . .	98
3. Die Bedeutung von Payment-Service-Providern . . . . .	98
4. Zwischenergebnis . . . . .	99
E. Vereinbarkeit mit datenschutzrechtlichen Bestimmungen . . . . .	100
I. Einschlägiges Datenschutzrecht . . . . .	101
II. Personenbezogene Daten . . . . .	101
III. Rechtmäßigkeit der Verarbeitung von personen-	
bezogenen Daten . . . . .	102
a) Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten . . . . .	103
aa) Freiwilligkeit der Einwilligung . . . . .	103
bb) Verarbeitung auch im Interesse des Betroffenen . . . . .	104
cc) Bestimmtheit der Einwilligung . . . . .	105
b) Daten, die zur Vertragserfüllung erforderlich sind . . . . .	106
c) Daten, deren Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen	
Verpflichtung erforderlich ist . . . . .	107
d) Daten, deren Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe	
erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt . . . . .	108

	Inhaltsverzeichnis	XV
e) Die erforderliche Verarbeitung der Daten zur Wahrung berechtigter Interessen . . . . .	109	
aa) Berechtigte Interessen der Zahlungsdienstleister . . . . .	110	
bb) Betroffene Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Zahlenden . . . . .	111	
f) Zweckändernde Verarbeitung der Daten . . . . .	112	
IV. Auftragsdatenverarbeitung bei Inanspruchnahme anderer Dienstleister . . . . .	114	
F. Zwischenfazit zu § 2 . . . . .	115	
 § 3 Die strafrechtliche Behandlung von Online-Glücksspielen und damit assoziierten Handlungen . . . . .	117	
A. Das Veranstalten eines öffentlichen Glücksspiels ohne behördliche Erlaubnis, § 284 StGB . . . . .	118	
I. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts . . . . .	118	
II. Anforderungen an die behördliche Erlaubnis i. S. d. § 284 Abs. 1 StGB . . . . .	119	
III. Weitere Tatmodalitäten des § 284 Abs. 1 StGB . . . . .	122	
IV. Anwendungssperre bezüglich § 284 StGB . . . . .	124	
V. Auswirkungen des Umlaufbeschlusses vom 8. September 2020 und der darauf basierenden Leitlinien vom 30. September 2020 . . . . .	125	
VI. Möglicher Verbotsirrtum gem. § 17 StGB . . . . .	130	
1. Voraussetzungen eines unvermeidbaren Verbotsirrtums . . . . .	130	
2. Bisherige Rechtsprechung und Neubewertung . . . . .	132	
VII. Zwischenergebnis . . . . .	136	
B. Strafbarkeit des Spielers gem. § 285 StGB . . . . .	136	
I. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts . . . . .	137	
II. Tatbestand . . . . .	137	
III. Möglicher Verbotsirrtum . . . . .	138	
IV. Schuldunfähigkeit des Spielteilnehmers . . . . .	140	
V. Bisherige Rechtsprechung zu § 285 StGB hinsichtlich der Beteiligung an Online-Glücksspielen . . . . .	140	
C. Teilnahmestrafbarkeit verantwortlicher Personen bei Zahlungsdienstleistern . . . . .	141	
I. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts, §§ 3, 9 Abs. 2 S. 1 StGB . . . . .	141	

1. Hilfeleisten i. S. v. § 27 Abs. 1 StGB . . . . .	142
2. Gehilfenvorsatz . . . . .	143
a) Fälle in der Praxis . . . . .	144
b) Berufstypische Handlungen . . . . .	144
c) Zwischenergebnis . . . . .	145
II. Sonderfall: Beihilfe durch Unterlassen . . . . .	146
1. Garantenstellung . . . . .	146
a) Schutzzweckidentität . . . . .	147
aa) Schutzzweck des Mitwirkungsverbots . . . . .	147
bb) Schutzzweck im Rahmen der Teilnahmestrafbarkeit . . . . .	148
cc) Vergleich beider Schutzzwecke . . . . .	149
2. Zwischenergebnis . . . . .	150
D. Strafrechtliche Folgenbetrachtung . . . . .	150
I. Die Einziehung von Taterträgen . . . . .	150
1. Voraussetzungen der Einziehung . . . . .	151
2. Das Bruttoprinzip . . . . .	152
3. Einziehung von Taterträgen im konkreten Fall . . . . .	152
a) Einziehung von Taterträgen bei Glücksspielveranstaltern . . . . .	152
b) Einziehung von Taterträgen bei Zahlungsdienstleistern . . . . .	154
c) Einziehung von Taterträgen bei Spielern . . . . .	154
II. Festsetzung einer Geldbuße gegen Glücksspielveranstalter oder Zahlungsdienstleister . . . . .	155
E. Zwischenfazit zu § 3 . . . . .	155
 § 4 Zivilrechtliche Implikationen der Verbindung von Spielern und Online-Glücksspielveranstaltern . . . . .	157
A. Der Spielvertrag . . . . .	157
I. Erlaubtes Glücksspiel . . . . .	158
II. Rückforderungsausschluss . . . . .	159
III. Unwirksamkeit von Spielverträgen nach deutschem Recht . . . . .	160
B. Anwendbares Sachrecht für Spielverträge mit Veranstaltern unter Lizenz eines anderen EU-Mitgliedstaates . . . . .	162
I. Anwendungsbereich der Rom I-VO . . . . .	162
1. Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	162
2. Räumlicher Anwendungsbereich . . . . .	163
3. Anwendbares Sachrecht betreffend die Wirksamkeit eines Schuldverhältnisses, Art. 10 Abs. 1 Rom I-VO . . . . .	164
4. Vorrangig zu berücksichtigende Rechtswahl, Art. 3 Rom I-VO . . . . .	164
a) Rechtswahlklauseln in der Praxis . . . . .	164

b) Der Spielvertrag als Verbrauchervertrag i. S. v. Art. 6 Abs. 1 Rom I-VO . . . . .	165
c) Wirksamkeit der Rechtswahlklauseln in AGB von Online-Glücksspielveranstaltern . . . . .	166
aa) Hervorgerufene Paradoxie durch den EuGH . . . . .	167
bb) Wahlmöglichkeit des Verbrauchers . . . . .	168
cc) Zwischenergebnis . . . . .	169
5. Ohne Rechtswahl anzuwendendes Sachrecht auf den Spielvertrag . . . . .	170
6. Unabhängig vom Vertragsstatut anwendbare Eingriffsnormen i. S. v. Art. 9 Abs. 1 Rom I-VO . . . . .	170
a) Eingriffsnormen aus dem deutschen Recht . . . . .	171
aa) Eingriffscharakter der deutschen Verbotsnormen . . . . .	172
(1) Zwingende Normen . . . . .	172
(2) Internationaler Geltungswille . . . . .	172
(3) Besonderes öffentliches Interesse des normsetzenden Staates .	173
bb) Zwischenergebnis . . . . .	174
b) Weitere Voraussetzungen von Art. 9 Abs. 3 S. 1 Rom I-VO . . .	174
aa) Erfüllungsort im Bereich des grenzüberschreitenden Online-Glücksspiels . . . . .	175
bb) Notwendige Folge der Eingriffsnorm: Unrechtmäßigkeit der Erfüllung . . . . .	176
cc) Ermessen und Ermessensleitung hinsichtlich der Wirkungsverleihung . . . . .	176
(1) Ermessensentscheidung des Gerichts . . . . .	177
(a) Konträre Rechtslage . . . . .	177
(b) Anwendungsbefehl aus Unionstreue . . . . .	178
(2) Zwischenergebnis . . . . .	179
c) Anwendung von Eingriffsnormen der <i>lex fori</i> , Art. 9 Abs. 2 Rom I-VO . . . . .	179
aa) Möglichkeit der Klage des Spielers vor einem deutschen Gericht . . . . .	180
(1) Verbraucherschützende Vorschriften der Brüssel Ia-VO . . .	180
(2) Unwirksamkeit der Prorogation . . . . .	181
(3) Wahlrecht des Spielers . . . . .	182
(4) Praktische Konsequenz . . . . .	183
bb) Anwendung von Eingriffsnormen der <i>lex fori</i> , Art. 9 Abs. 2 Rom I-VO . . . . .	183
II. Zusammenfassung . . . . .	184
C. Rückabwicklung des Spielvertrags im Falle der Nichtigkeit . . . .	184
I. Anwendbares Sachrecht auf die Rückabwicklung des Spielvertrags . . . . .	184
II. Leistungskondiktion des Spielers . . . . .	186

1. Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .	186
2. Ausschluss wegen Kenntnis der Nichtschuld, § 814 Alt. 1 BGB . . . . .	187
3. Ausschluss des Anspruchs wegen eines Gesetzesverstoßes, § 817 S. 2 BGB . . . . .	189
a) Gesetzesverstoß des Spielers . . . . .	191
aa) Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot . . . . .	191
bb) Gesetzesverstoß durch Spielteilnahme . . . . .	193
b) Subjektive Voraussetzung des § 817 S. 2 Hs. 1 BGB . . . . .	194
c) Teleologische Reduktion von § 817 S. 2 Hs. 1 BGB . . . . .	197
aa) Teleologische Reduktion von § 817 S. 2 Hs. 1 BGB in der Rechtsprechung . . . . .	197
bb) Teleologische Reduktion im vorliegenden Fall? . . . . .	198
(1) Rechtsprechung des BGH in Strafsachen . . . . .	200
(2) Rechtsprechung des OLG Nürnberg . . . . .	200
(3) Keine unbesehene Übertragung der Schenkkreis- Rechtsprechung . . . . .	201
d) Rechtsfolge und Berücksichtigung der Kondition des Glücksspielveranstalters . . . . .	203
e) Zwischenergebnis . . . . .	204
III. Zweckverfehlungskondition des Spielers . . . . .	205
1. Zweckabrede in Form des Glücksspiel-Rahmenvertrags . . . . .	205
2. Nichtigkeit des Glücksspiel-Rahmenvertrags . . . . .	206
3. Anwendung von § 817 S. 2 Hs. 1 BGB . . . . .	207
IV. Gerichtliche Geltendmachung von Rückforderungs- ansprüchen in Deutschland . . . . .	208
D. Weitere in Betracht kommende Ansprüche des Spielers gegen den Glücksspielveranstalter . . . . .	208
E. Zwischenfazit zu § 4 . . . . .	209
 § 5 Zahlungen im Kontext unerlaubter Online-Glücksspiele aus zivilrechtlicher Perspektive . . . . .	211
A. Die Grundstruktur des Zahlungsdiensterechts . . . . .	213
I. Vertragsbeziehung zwischen Zahlungsdienstleister und Zahlungsdienstnutzer . . . . .	214
1. Kreditkarte, E-Wallet und Girokonto . . . . .	214
2. Zahlungsauslösedienste und Prepaid-Zahlungsmittel . . . . .	215
3. Zwischenergebnis . . . . .	215
II. Der Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters . .	216
1. Der Zahlungsauftrag . . . . .	216
2. Die Autorisierung eines Zahlungsvorgangs . . . . .	218

3. Das Verhältnis von Autorisierung und Zahlungsauftrag zueinander . . . . .	218
4. Gleichbehandlung von Zahlungsauftrag und Autorisierung im Regelfall . . . . .	220
5. Der Begriff der Authentifizierung . . . . .	221
6. Zwischenergebnis . . . . .	222
<b>B. Ansprüche des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahlungs- dienstnutzer . . . . .</b>	<b>222</b>
<b>I. Der Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters . . . . .</b>	<b>222</b>
1. Ansätze in der Rechtsprechung . . . . .	223
a) Pro Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters . . . . .	223
aa) AG Berlin-Mitte, Urteil vom 7. Dezember 2016 . . . . .	223
bb) LG München I, Urteil vom 28. Februar 2018 . . . . .	224
cc) OLG München, Hinweisverfügung vom 6. Februar 2019 . . . . .	225
dd) AG Berlin-Mitte, Urteil vom 29. März 2019 . . . . .	226
ee) LG Berlin, Urteil vom 16. April 2019 . . . . .	227
ff) LG Düsseldorf, Urteil vom 10. Oktober 2019 . . . . .	227
b) Contra Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters .	228
aa) AG Wiesbaden, Urteil vom 16. Juni 2017 . . . . .	228
bb) AG München, Urteil vom 21. Februar 2018 . . . . .	229
cc) AG Leverkusen, Urteil vom 19. Februar 2019 . . . . .	230
c) Zusammenfassung der Kernaussagen und Bestimmung der wesentlichen Untersuchungsgegenstände . . . . .	231
2. Rechtliche Prüfung: Aufwendungsersatzanspruch bei Teilnahme an unerlaubtem Glücksspiel aus §§ 675c Abs. 1, 670 BGB . . . . .	231
a) Der Zahlungsauftrag zur Einzahlung bei einem Glücksspielveranstalter . . . . .	232
aa) Unwirksamkeit infolge pathologischen Spielverhaltens . . . . .	232
bb) Unwirksamkeit wegen Verstoßes des Spielers gegen § 4 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012 . . . . .	233
(1) § 4 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012 als Verbotsgebot i. S. v. § 134 BGB . . . . .	234
(a) Rechtsnatur von Zahlungsauftrag und Autorisierung . . . . .	235
(b) Tatbestand des Verbotsgebotes . . . . .	238
(c) Nichtigkeitsanordnung aus § 134 BGB . . . . .	238
(2) Auswirkungen der Nichtigkeit des Zahlungsauftrags und der Autorisierung . . . . .	240
cc) Unwirksamkeit infolge eines Verstoßes des Spielers gegen §§ 284, 27 Abs. 1 StGB i. V. m. § 134 BGB . . . . .	241
dd) Verstoß des Zahlungsdienstleisters gegen ein Verbotsgebot .	242
b) Erforderlichkeit der Aufwendungen des Zahlungsdienstleisters .	243
aa) Erforderlichkeit der Aufwendungen bei wirksamer Autorisierung . . . . .	244

(1) Erforderlichkeit von Aufwendungen bei Gesetzesverstoß des Zahlungsdienstleisters . . . . .	245
(a) Keine Erforderlichkeit bei rechtswidrigem Geschäft . . . . .	246
(aa) Nicht offen zutage tretender Gesetzesverstoß . . . . .	248
(bb) Freizeichnung in AGB . . . . .	248
(b) Zwischenergebnis . . . . .	249
(2) Einwendungsdurchgriff aus dem Valutaverhältnis . . . . .	249
(a) Missbräuchliche Inanspruchnahme des Vertragsunternehmens . . . . .	249
(b) Forderung besteht offensichtlich und liquide beweisbar nicht . . . . .	250
bb) Zwischenergebnis bei unterstellter Wirksamkeit der Autorisierung . . . . .	252
3. Ergebnis zum Aufwendungsersatzanspruch aus §§ 675c Abs. 1, 670 BGB . . . . .	253
II. Anderweitige Ansprüche des Zahlungsdienstleisters . . . . .	253
1. Haftung des Zahlungsdienstnutzers aus § 675v Abs. 1, 3 BGB . . . . .	253
2. Ansprüche des Zahlungsdienstleisters außerhalb des Zahlungsdiensterechts . . . . .	254
a) Ansprüche aus berechtigter Geschäftsführung ohne Auftrag . . . . .	254
b) Leistungskondition des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahlungsdienstnutzer . . . . .	256
aa) Leistung . . . . .	257
bb) Das Erlangte . . . . .	257
cc) Ohne rechtlichen Grund . . . . .	259
dd) Konditionssperre aus § 817 S. 2 Hs. 1 BGB . . . . .	259
ee) Konditionssperre qua § 675u S. 1 BGB? . . . . .	260
(1) Keine Konditionssperre . . . . .	262
(a) Bedeutung des Vorrangs der Leistungsbeziehungen . . . . .	263
(b) Begründung des tradierten Ansatzes . . . . .	264
(c) Konsequenz dieser Auffassung . . . . .	265
(2) Annahme einer durch § 675u S. 1 BGB vermittelten Konditionssperre . . . . .	265
(a) Flankierende Argumentation . . . . .	267
(b) Konsequenz dieser Auffassung . . . . .	268
(3) Divergente Ergebnisse bezüglich der Leistungskondition . . . . .	269
c) Schadensersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters aus § 280 Abs. 1 S. 1 BGB . . . . .	269
III. Ergebnis: Ansprüche des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahler . . . . .	272
C. Die Rechtsposition des Zahlungsdienstnutzers . . . . .	272
I. Ablauf der Erstattung von Aufwendungen . . . . .	272
II. Widerrufs- und Rückbelastungsrecht des Zahlungsdienstnutzers . . . . .	273

1. Widerrufsrecht des Zahlungsdienstnutzers . . . . .	273
2. Korrelierendes Rückbelastungsrecht des Zahlungsdienstnutzers . . . . .	273
a) Unwirksamkeit des Ausschlusses . . . . .	275
b) Herleitung eines Rückbelastungsrechts . . . . .	276
III. Erstattungsanspruch gem. § 675u S. 2 BGB . . . . .	278
1. Aufrechnung mit einer Gegenforderung . . . . .	279
2. Einwand unzulässiger Rechtsausübung . . . . .	279
a) Voraussetzungen des unredlichen Erwerbs der eigenen Rechtsstellung . . . . .	280
b) Vorzunehmende Abwägung . . . . .	280
3. Unterrichtungsfrist . . . . .	281
4. Ausschluss anderweitiger Ansprüche . . . . .	283
5. Exkurs: Anderweitige Ansprüche bei Annahme wirksamer Autorisierungen . . . . .	284
IV. Faktische Erstattung durch Lastschriftrückgabe? . . . . .	286
1. Erstattungsanspruch aus § 675x Abs. 2 BGB . . . . .	286
2. Widerstände in der Praxis . . . . .	287
V. In Sonderheit: Ansprüche aus unerlaubter Handlung . . . . .	288
1. Das Mitwirkungsverbot als Schutzgesetz gem. § 823 Abs. 2 BGB . . . . .	288
a) Definition eines Schutzgesetzes . . . . .	289
b) (Kein) Einbezug des Spielers in den Adressatenkreis . . . . .	289
c) Widersprüchlichkeit der Argumentation . . . . .	290
d) Keine individualschützende Norm . . . . .	290
2. Zwischenergebnis . . . . .	291
VI. Zwischenergebnis zur Rechtsposition des Zahlungs- dienstnutzers . . . . .	291
D. Zwischenfazit zu § 5 und Stellungnahme zur bisherigen Rechtsprechung . . . . .	292
Schlussbetrachtung und Ausblick . . . . .	295
Zusammenfassung der Arbeit in Thesen . . . . .	297
 Literaturverzeichnis . . . . .	301
Register . . . . .	319